

# Merseburger Korrespondent

Neueste Nachrichten  
für Stadt und Kreis Merseburg

Erste Seite täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 10,00 M. enthält Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 11,50 M. einfl. Steuer und Beleggeld.

Anzeigenpreis: Für den achtzehnten Blätterraum 60 Pf., im vierteljährlichen 2,00 M., für Gesamtanzeigen in Wochenblättern und Prospektoren halbes, Anzeigenpreis eine Zeilenbreite. Gebühr der Anzeigenannahme: 10 Uhr vormittags.

Geschäftsdruck: Kleine Ritterstr. 3.

„Amtsblatt der Stadt Merseburg“ „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“ „Am häuslichen Herd“ „Der Chronist von Merseburg“

Ar. 27

Mittwoch den 1. Februar 1922

48. Jahrg.

## Staatwirtschaft und Reparationslast.

Der deutsche Reichstag hat die laufende Woche mit der Beratung des Etats für das Haushaltsjahr 1922 begonnen. Es kann als erfreuliches Zeichen betrachtet werden, daß es diesmal gelungen ist, den Etat rechtzeitig dem Parlament vorzulegen und es besteht die begründete Hoffnung, daß auch die Vollstrecker nun prompt Arbeit leisten.

Bei genauer Betrachtung gibt der Haushaltsplan ein günstiges Bild. Gleich ergibt der Haushalt für die innere Verwaltung einen Überschuß von 165 Milliarden Reichsmark, aber in dem gleichen Maß in dem Minister Vermeas, der noch immer in Betrachtung stehen seinem Ernährungsministerium das Finanzministerium führt, viele Nachteile an. Infolge der auch feststehen, daß die Ausführung des Friedensvertrages eine Anleihe von 171 Milliarden Mark erfordert. Nimmt man hinzu, daß der außerordentliche Etat mit der Etat der Betriebsverwaltungen ebenfalls ein Defizit von etwas über 12 Milliarden aufweisen, so ergibt sich ein Gesamtdefizit von 188 Milliarden. Dem steht die im Steuerlohnprogramm bewilligte neue Zwangsanleihe gegenüber, die ebenfalls eine Gesamtlänge, gleich mit 48 Milliarden Reichsmark, ergeben soll, so daß nach dem noch ein Defizit von 140 Milliarden verbleibt, das nur durch die Verrechnung der künftigen Einnahmen, die heute bereits 250 Milliarden beträgt, abgedeckt werden kann. Einen anderen Weg, der noch offen stehen würde, zeigte die Rede des Finanzministers allerdings auch noch, nämlich die Aufnahme einer inneren Anleihe. Der Minister machte aber hierbei sofort eine Einschränkung machen, daß eine solche Anleihe nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn inwieweit das Reparationsproblem in einer für Deutschland vorteilhaften Weise gelöst ist. Denn eine solche Anleihe wird natürlich erst dann möglich sein, wenn das Vertrauen in die innere Festigkeit des Reiches wieder hergestellt und die äußeren Löhne auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt sind. Somit ist ein Mißerfolg, wie bei der Sprödenanleihe, ausgeschlossen.

Eine weitere einfache Erhöhung der Steuern zur Deckung des Defizits muß dagegen als ausgeschlossen gelten. Steuern sind jetzt in einem Umfang eingeschrieben, der, wie der Finanzminister mit Recht behauptet, in der Reichsgeschichte einzig dastehet, denn seit 1909 hat sich der Staat in Deutschland nicht mehr durch Steuern zu helfen gesucht. Gegenüber der unendlichen Bekanntheit, mit der ein Teil der Ententeerben immer wieder, daß nämlich die finanzielle Belastung in Frankreich schwerer sei als in Deutschland, konnte der Minister darauf verweisen, daß in Deutschland heute bereits 2900 k. Einkommensteuer von Einkommen außerordentlich sind, die in Frankreich noch völlig einkommensteuerfrei bleiben. Die ungeheuerlich hohe Belastung führt ja auch jeder Deutsche am eigenen Leibe, wenn auch keinesfalls geteilt werden soll, daß in der Erhebung der Einkommensteuer gerade bei hohen Einkommen das Tempo oft recht langsam war, während der gegenwärtige Gehalt bei Gehalts- und Lohnempfängern, also bei verhältnismäßig geringen Einkommen, sehr prompt und sehr gut funktioniert. Zu berücksichtigen ist hier allerdings, daß dem Aufbau der neuen Finanzverwaltung ungeheure Schwierigkeiten entgegenstanden und daß nun mit der Zeit auch die entgegengesetzten Wünsche geltend werden, wie es ja auch der Finanzminister noch einmal ausdrücklich zugibt hat.

Die Staatwirtschaft kann sich nun allerdings keinesfalls in der Aufzählung von Steuern, und wägen sie auch noch so hoch sein, erschöpfen; es muß vielmehr auf ein weiterer innerer Entlastungswege vorhanden sein. Es ist schließlich nicht möglich, immer nur die Zinsen von Zinsen und Post usw. heranzuschreiben, sondern es muß auch alles gegeben, um diese Betriebe wirtschaftlich zu gestalten. Es wird bei einzelnen Stellen also immer noch zu prüfen bleiben, inwiefern Abstriche möglich sind. Der Reichsrat hat ja bei der Prüfung des Etats bereits Abstriche vorgenommen und sich auf fast alle Verzögerungen der Ministerien — vor allem fast des Reichsgeheimministeriums — ausgesprochen. Im übrigen zeigt sich bei der Hilfe zur Genesung in dem Wägen der Lebensmittelmittel, die von 225 auf 1 Milliarde erhöht werden, und in der Abklärung der Eisenbahnfinanzierung auf eine Überwindung von der Privatwirtschaft auf tragende Arbeitslosenversicherung. Beide Mittel sind allerdings zweifelhaft. Die führen beide — der Wägen der Lebensmittelmittel bringt eine 70prozentige Erhöhung des Brotpreises — eine neue Preissteigerung herbei.

Schon daraus ergibt sich, daß der Etat nur auf dem Reinerlöse, kann tatsächlich laien sich ja die etwa bei Schluß des Etatsjahres vorliegenden Ansprüche noch gar nicht übersehen. Alle vorzulegenden Mittel werden dann auch nicht zur Lösung der deutschen Finanzfrage führen, solange der Streikfortdauern nicht besteht ist. Die Ausführung des Friedensvertrages erfordert in Deutschland 18 Milliarden an den öffentlichen und 40 Milliarden an der öffentlichen Ausgaben. An diesen Zahlen offenbart sich das ganze deutsche Elend. Eine Besserung kann nur so erfolgen, daß durch eine andere Gestaltung der Reparationsverpflichtungen die Kreditwürdigkeit Deutschlands wieder hergestellt wird. Diese Erneuerung bricht sich langsam, also langsam, ja auch in anderen Ländern Bahn.

## Streik!

Berlin, 1. Febr. (WZ). Die Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten beschloß mit 20 gegen 10 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, in der kommenden Nacht um 12 Uhr in den Streik einzutreten.

## Der Eisenbahnerstreik ist ein Bruch des Beamtenrechtes.

### Rathenau Außenminister.

Berlin, 1. Febr. Der Reichspräsident ernannte Dr. Walter Rathenau zum Reichsminister des Äußeren.

### Verordnung des Reichspräsidenten.

Berlin, 1. Febr. (WZ). Auf die Nachricht des Streikbeginns tritt eine Verordnung des Reichspräsidenten in Kraft: „Den Eisenbahnbeamten ist es ebenso wie den übrigen Beamten nach dem Beamtenrecht verboten, die Arbeit zu verweigern oder einzustellen. Wer hierzu ansetzt, wird mit Geldstrafe bis zu 50.000 M. bestraft. Ebenso wird bestraft, wer Anlagen oder Betriebsmittel untätig macht. Arbeitslose dürfen wirtschaftlich nicht beeinträchtigt werden.“

### Die Streiklinge.

Berlin, 1. Febr. (Praktischer) (weiterer Berliner Redaktion). Der Streikbeginn der Reichsgewerkschaft wurde erst in den Morgenstunden bekannt. Für den Streik trat besonders die Vertreter der Lokomotivführer ein, die von den Vertretern der übrigen Berufsgruppen unterrichtet wurden. Gegen den Streik waren nur die mittleren und höheren Beamten. Seine vorläufige sind die Vertreter zu einer neuen Sitzung zusammenzutreten, um die Einzelheiten der Durchführung des Streiks zu beraten. Ein Repräsentantenrat soll man, daß man in der Lage sein wird, nicht den meisten Eisenbahnern einfallen zu lassen. Auf den Hauptstreik soll ein veränderter Verkehr angeschlossen werden. Man nimmt an, daß ein Teil der mittleren und höheren Beamten, die mit aller Entschiedenheit gegen den Streik sind, ihre praktischen Fähigkeiten und Erfahrungen in den Dienst der Allgemeinheit stellen werden, um einen Stillstand des Verkehrs vorzubeugen. Außerdem ist die Reichliche Polizei bereits vorbereitet worden und wird ihre technischen Kräfte vorzulegen, um die eintreffenden Züge auszuführen. Gleichzeitig mit dem Streik der Eisenbahner ist ein Streik der künftigen Arbeiter beabsichtigt zu werden. Die Lage hat sich infolge neuer Vorkehrungen erheblich verändert. Selbstverständlich wird immer wieder betont, daß die Forderungen der Arbeiter auch unerlässlich seien. Daraufhin ist mit gemeinsamer Eiferheit auf einen Streik in den nächsten Tagen zu rechnen.

Die tabulose Gruppe im Hausparlament der Reichsgewerkschaft hat, nach hiesigen Presseangaben, gesagt. Noch gestern standen sich 22 Abolite und nur 8 Gemäßigten gegenüber. Mittlerweile hat sich die Stimmungslage verändert. Die Gruppe der Gemäßigten erliefte Verstärkung. Trotzdem hat der Streikbeschluss gestanden. Eigenartig, daß ein so schwermütiger Beschluß ohne Abstimmung erfolgte. Die Führer, die so viel auf gemeinschaftliche Arbeit geben, haben hier entgegen den gewöhnlichen Wünschen gehandelt. Bei der so überaus verschiedenen Schärferung der politischen Gesinnungen im Reich, kann es bei der Wahl für eine Gewerkschaft auch die Organisation selbst ist das Unterlassen der Abstimmung hervor zu betonen. Nun haben wir ja auf dem Standpunkt, daß ein Beamtenstreik-Antrag an sich ein Unheil ist. Verwehrt aber die Reichsgewerkschaft sich einmal die Lage ihrer Organisation mit der der übrigen Gewerkschaften, so hätten sie zum mindesten deren Erfahrungen bei einer so großen Spaltung und wahren Staatsaktion auszuweichen müssen.

Aber von solcher Bekanntheit, von kühlem Urteil kann bei den Hauptorganisationsmitgliedern gar keine Rede sein. Es ist so bunt in den Sitzungen unter den dreimal drei Führern zugegangen, daß der Vorsitzende gestern abend die Sitzung aussetzen mußte. Und so überredet worden die Herren geworden, daß sie gestern allein dreimal das Sitzungstafel genehmigt haben, zuletzt im Mißverständnis, was uns nicht der Ausdruck des „Höflichen Gemüths“ zu sein scheint, wie eine große Stellung heißt, sondern der Zerknirschtheit. Die Entscheidung, in die sich die „Rechts“ zusammen hineingehalten haben, ist ein Zeichen ihrer gemeinschaftlichen Unerschrockenheit. Der Beamte stellt ihnen im Klart, aber sie schreien die Stimmen der Pflicht gegenstands nieder und sind Verarmtfinden nicht mehr ausgedrückt gewesen.

Aber was kümmern uns die dreißig Unbekannten, die mit freier Hand in das feine Räuberwerk des deutschen Verkehrs hineinschlagen? Und kümmern in jeder Stunde die Haltung der großen Eisenbahnbeamten in der Reichs, die sich zwar schlechte Gewerkschaftsmitglieder gemäß hat, aber durchsicht nicht geschlossen hinter den Berliner Führern hielt. Deutschen erwartet, daß jeder Mann seine Pflicht tut!

### Reizigkeit der Reichsregierung.

Die Eisenbahnbeamten haben bereits den Auftrag erhalten, im Falle des Ausbruchs des Streikes unter keinen Umständen mit Anstreben zu verhandeln und vor allen Dingen keine Ermäßigung der Streiklohn in irgend einem Vertriebs zu dulden. Bei den Beratungen brauchen sich sämtliche Parteiführer von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen dahin aus, die Reichsregierung zu hüben. Besonders nachdrücklich betonte Reichsminister Dauter die Unmöglichkeit, das Minimum zu erfüllen.

### Außenpolitische Übersicht.

#### Gebäude der Wirtschaftskonferenz.

Paris, 1. Febr. (WZ). Die Vorbereitungen der Konferenz der alliierten Außenminister wird ihre Abänderung auf das Zusammenkommen der Konferenz von Genoa nicht verzichten. Weder die Paris- und Reichs-Parteien in London, noch die Reichs-Parteien in Genoa sind bereit, die Konferenz von Genoa nun frei von sich zu nehmen. Von einem Zusammenkommen am 8. März könne, wie der Reichs-Parteien erzählt, nicht

### Die Haltung des Württembergischen Verkehrsvertrages.

Stuttgart, 1. Febr. (WZ). Der württembergische Landesverband des Verkehrsvereins befaßt sich in Verhandlungen anstandslos mit dem Württembergischen Verkehrsverband über die Eisenbahner geistigen Lage. Der Deutsche Eisenbahnerverband erklärt, daß er sich an dem Vorgehen der Reichsgewerkschaft nicht beteiligen werde. Der württembergische Eisenbahnerverband hielt erst gestern eine Sitzung ab. Die Haltung dieses Verbandes dürfte mehr oder weniger von der Stellungnahme seiner Organisationsleitung, der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, abhängig sein. Der württembergische Eisenbahnerverband sah in der Montagssitzung den Reichsverband von der Reichlichen Gewerkschaftsleitung eine Abstimmung zu verlangen und dementsprechend das Minimum weiter zu betreiben.

### Streik auch in Gletting.

Stettin, 1. Febr. (WZ). Im städtischen Elektrizitätswerk ist heute die Arbeit niedergelegt worden. Das Werk, das die ganze Überlandzentrale mit elektrischem Strom versorgt und auch die halbe Provinz Pommern versorgt, wird nun von der reichlichen Abhilfe im Betrieb erhalten.

### Schwierige Tarifverhandlungen in der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie.

Halle a. S., 1. Febr. (Frib.-Telegr.). Die Tarifverhandlungen zwischen den Vertretern der Braunkohlenwerke und den Organisationsvereinen der Bergarbeiter im mitteldeutschen Braunkohlenrevier gestalten sich außerordentlich schwierig. Bis Dienstag geht über die heutige Nacht, wie die Jugendvereinsleitung zu einer Organisations- und Betriebsbesprechung, nach keine Einigung erzielt. Auch Ansehen nach der Haltung der Arbeiterführer in der Organisationsfrage auf ihrer Vorbereitung.

### Die Ententeinmischungsverträge.

London, 1. Febr. (WZ). Eine Information des Reuterschen Büros teilt mit, daß die Verhandlungen über die Konferenz zwischen Curzon, Bonarot und della Zorria am 8. oder 9. Februar in Paris beginnen. Die dahin werden in London die Einwürfe zu den Bedingungen betreffend der Fragen, die in Paris beprochen werden sollen, sorgfältig geprüft.

Die Rede, wie angeblich weil die materiellen Vorbereitungen bis heute nicht zu einerseits seien. Allerdings enthält das genannte Material ein Programm der Konferenz an diesem Tage den Gegenstand eines Gebenententeinmischungsvertrages zwischen den Alliierten bildet. Die Verhandlungen können sich längere Zeit hinziehen, als man es nach der Meinung der Konferenz wahrscheinlich erst nach dem Zusammenkommen wird.

### Die Türkei verlangt Zutritt in Genoa.

Paris, 31. Jan. (Frib.-Telegr.). Der Vertreter der Türkei in Paris, richtet ein Schreiben an den alliierten Ministerratspräsidenten Bonomi, in dem das Entzinnen und sofortige Abkären der Türkei darüber ausgedrückt wird, daß sie von der an alle europäischen Staaten verhängten Einbindung zur Konferenz von Genoa ausgeschlossen wurde. Die Türkei sei infolge ihrer geographischen Lage an Mittelmeerhäfen Meer eine durchaus europäische Macht.

### Eine Programmrede Hendersons.

London, 31. Jan. Der Arbeiterführer Henderson hielt gestern nachmittags in Manchester eine Rede, in der er sagte: Wenn der australische Arbeiter die er der Meinung, daß die Konvention selbst ihren Ende entgegensteht. Zur ausweichenden Politik sagte er: Wenn die Regierung nicht mit ähnlichen Ideen nach Genoa gehen, als sie in Genoa in Verhältnis freimüthig hätte, dann würde die Konferenz von Genoa die wirtschaftliche Niederlage der Arbeiter. Genoa ist der Ausgangspunkt für die Frage des englisch-französischen Konfliktes sagte er. Die Arbeiterpartei könne nicht zustimmen, wenn ein solcher Weg nicht möglichere andere Mittel in einen Krieg hineinzuziehen, die die Folge einer Politik Frankreichs sein könnte, auf die Großbritannien keinen Einfluß ausüben könne. Auch seien die militärischen Verbindungen mit den Grundrissen des Völkerbundes unvereinbar. Das Programm der Arbeiterpartei ist internationaler Frieden, Einbürgerung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse von Europa. Die Arbeiterpartei wolle einen Völkerbund, in dem alle Nationen vertreten seien. Die Methode des Obersten Rates mache die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens unmöglich.

### Gegenüber den deutschen Vorklämmen.

Paris, 1. Febr. (Frib.-Telegr.). Die französische Regierung wünscht die Erledigung der deutschen Note durch die Reparationskommission, weil die Forderungen des Obersten Rates in Reparationsfragen unter verschiedenen Resultate ergibt hätten. Aber die anderen Vorklämmen, nämlich mit Ausnahme Belgiens, nehmen den entgegengelegten Standpunkt ein. Der „Matin“ erzählt, daß die englische Regierung bereits über eine grundlegende Reform der Reparationsfrage beraten habe, wozu die Engländer und Franzosen über können würden. Die Oberfranzösischen wolle man durch eine entsprechende Regelung der alliierten Verbindungen regeln. — Pariser Arbeiter geben einen französischen Vorklämmen Ausdruck, England werde auf eine Revision der Reparationsfrage bestehen. Die Konferenz der Außenminister wird bereits morgen, am 2. Februar stattfinden.

### Amerika gegen eine Einbindung der alliierten Staaten.

Washington, 1. Febr. (WZ). Der Senat hat es abgelehnt, der Kommission für die Konsolidierung der alliierten Schulden das Recht zu beibringen, den Ausgabungsbeginn für die Schulden aufzuschieben.

### Ministerkrise in Italien?

Rom, 1. Febr. (WZ). Am Vorabend der Samstagsversammlung nahmen die Gerüchte von einer bevorstehenden Ministerkrise größere Formen an. Der unmittelbare Anlaß bildete die Haltung der Regierung beim Tode des Königs, wobei die reformerischen Gruppen bald benachrichtigt wurden. Ramezoli droht die demokratische Seite mit Opposition. Das „Giornale d'Italia“ drückt bereits an, daß die Demokraten ihre drei Vertreter in der Regierung, die die











